Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 9. Freitag den 11. Januar. **1850.**

Inhalt.

Bekanntmachung.

Die von mir auf Grund der §§. 3. und 37. der Verordnung vom 26. November v. J. zur Ausführung der Wahlen zum Volkshause für das Deutsche Parlament gebildeten Wahlkreise, so wie die von mir ernannten Wahl-Kommissare und die bestimmten Wahlorte bringe ich hiermit nachstehend zur öffentlichen Kenntniß:

A. Regierungs-Bezirk Posen:

I. Wahlkreis bestehend aus den nicht zu reorganisirenden Theilen der Kreise Schildberg, Adelnau, Krotoschin und demjenigen Theile des der Reorganisation nicht unterworfenen Theiles des Kreises Pleschen, welcher zunächst der Stadt Dobrzyca belegen ist. Der Wahlort für diesen Kreis ist die Stadt Ostrowo, und zum Wahl-Kommissarius ist der Regierungs-Referendarius Dönhoff zu Krotoschin ernannt.

II. Wahlkreis umfaßt den Kreis Fraustadt und den nicht zu reorganisirenden Theil des Kreises Kröben. Wahlort: Lissa, Wahl-Kommissarius: Regierungs-Assessor Schopis zu Rawicz.

III. Wahlkreis enthält den Ueberrest des nicht zu reorganisirenden Theiles des Kreises Pleschen (cfr. ad I.), von dem Posener Kreise die Polizei-Distrikte Komornik und Stęszewo mit Einschluß der Stadt Stęszewo und die nicht zu reorganisirenden Theile der Kreise Schrimm und Kosten. Wahlort: Kosten, Wahl-Kommissarius: Landraths-Amts-Verweser v. Madai zu Kosten.

IV. Wahlkreis bestehend aus den Kreisen Buk und Bomst. Wahlort: Wollstein, Wahl-Kommissarius: Landraths-Amts-Verweser und Oberst-Lieutenant a. D. v. Leszczynski zu Wollstein.

V. Wahlkreis umfaßt die Kreise Birnbaum und Meseritz. Wahlort: Meseritz, Wahl-Kommissarius: Regierungs-Assessor Besser zu Birnbaum.

VI. Wahlkreis wird gebildet aus den Kreisen Obornik und Samter. Wahlort: Obornik, Wahl-Kommissarius: Landrath von Reichmeister zu Obornik.

VII. Wahlkreis besteht aus der Stadt Posen, dem Kreise Posen, excl. der der zum dritten Wahlkreise geschlagenen Theile desselben und dem nicht zu reorganisirenden Theile des Kreises Schroda. Wahlort: Posen, Wahl-Kommissarius: Landrath v. Hindenburg zu Posen.

B. Regierung-Bezirk Bromberg:

I. Wahlkreis enthält den Kreis Inowraclaw, den nicht zu reorganisirenden Theil des Kreises Mogilno und den Theil des nicht zu reorganisirenden Theiles des Kreises Gnesen, welcher von Powidz nach der Inowraclawer Kreisgrenze zu belegen ist. Wahlort: Inowraclaw, Wahl-Kommissarius: Landrath Fernow zu Inowraclaw.

II. Wahlkreis umfaßt den Kreis Bromberg und den Kreis Schubin, excl. des Polizei-Distrikts und der Stadt Erin. Wahlort: Bromberg, Wahl-Kommissarius: Regierungs-Assessor Crusius daselbst.

III. Wahlkreis enthält den Kreis Wirsitz, den nicht zu reorganisirenden Theil des Kreises Wongrowiec, den Polizei-Distrikt und die Stadt Erin im Schubiner Kreise und den Theil des nicht zu reorganisirenden Theiles des Kreises Gnesen, welcher nicht zum I. Wahlkreise gelegt ist. Wahlort: Wirsitz, Wahl-Kommissarius: Regierungs-Assessor Kühne daselbst.

IV. Wahlkreis besteht aus den Kreisen Czarnikau und Chodziesen. Wahlort: Czarnikau, Wahl-Kommissarius: Landrath von Puttkammer daselbst.

Posen, den 8. Januar 1850.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen.
von Beurmann.

Berlin, den 10. Januar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem katholischen Pfarrer und Land-Dechanten Michael Funk zu Montjoie den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Stadtgerichtsrath Johann Gottlob Vogt zu Breslau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Obergerichts-Assessor Bigorck zu Königsberg in Preußen zum Stadtgerichtsrathe bei dem dortigen Stadtgerichte; und den Direktor der neuen Töchterschule auf der Friedrichsstadt in Berlin und der damit verbundenen Bildungs-Anstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen, Karl Wilhelm Emil Bormann, zum Schulrath bei dem Schul-Kollegium der Provinz Brandenburg zu ernennen; so wie dem bisherigen Kreiskassen-Rendanten Steitz zu Trier bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Rechnungs-Rath beizulegen; und dem ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität zu Halle, Dr. Budde, die von ihm nachgesuchte Entlassung aus seinem seitherigen Dienstverhältnisse vom Schlusse des laufenden Winter-Semesters ab in Gnaden zu ertheilen.

Der Königliche Hof legt morgen für Se. Durchlaucht den Landgrafen Ernst Konstantin von Hessen-Philippsthal die Trauer auf drei Tage an. Der Vice-Ober-Ceremonienmeister.
Berlin den 8. Jannar. Freiherr von Stillfried.

Deutschland.

Der hiesige Handwerker-Verein.

Das Jahr 1848 hat unter den vielen Geschenken, die zum großen Theil bereits in dem Chaos der Vergessenheit und des Unhaltbaren verschwunden, uns jedoch Eins gebracht, das segensreich und wohlthätig gewirkt. Wie an vielen Orten, bildete sich auch hier bei uns in Posen ein Handwerker-Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch gemeinsames Wirken, durch Belehrung und Unterstützung, den Stand der arbeitenden Klasse zu heben.

Trotz der unglücklichen Stellung der beiden Nationalitäten hier, troß der politischen Aufregung in der Provinz und dem darauf nothwendig folgenden, jedoch immer hindernden Belagerungszustande der Stadt, hat der Verein sich eines regen Lebens und Wirkens erfreut.

In neuester Zeit hat nun der Vorstand desselben Schritte gethan, um 2 neue Institute ins Leben zu rufen, die allerdings von entschiedener Wichtigkeit werden können. Zuerst hat derselbe unter dem 5. November v. J. sich mit der Bitte um Errichtung eines Gewerberaths an den Ober-Präsidenten v. Beurmann gewendet. Schon unter dem 10. desselben Monats sagt ein Rescript der Abth. des Innern der hiesigen Regierung, daß, trotzdem die Stadtverordneten-Versammlung gegen die Errichtung dieses Instituts sei, die Kaufmannschaft ebenfalls, durch ihr Schweigen auf die an sie ergangene Aufforderung, sich nicht damit einverstanden erkläre, dennoch der Magistrat die Verhandlungen über Bildung des Gewerberaths vorgelegt habe, und die Regierung in einem heut abgesendeten Bericht an das Königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, die Bildung des Gewerberaths für die Stadt Posen beantragt und besonders befürwortet habe. Das Rescript verspricht am Schlusse, daß sobald der Bescheid genehmigend ausfiele, sofort die Wahlen behufs Organisation dieser Behörde, veranlaßt werden sollen.

Der Magistrat hat nun sich dahin ausgesprochen, daß dieser Gewerberath für die Stadt Posen (nicht aber für den Kreis) aus 2 Klassen, nämlich aus dem Handwerker- und dem Handelsstande zusammengesetzt werde. — Nach diesen beiden Klassen wird diese Behörde nun in 2 Abtheilungen zerfallen, die jede aus 9 Mitgliedern bestehn soll, und zwar 5 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern.

So steht die Sache für den Augenblick, da eine Entscheidung höhern Ortes noch nicht erfolgt ist.

Ein zweiter Antrag des Vorstandes des Handwerkervereins geht nun dahin, neben diesem Gewerberathe auch ein Handels-Gericht hier in Posen ins Leben zu rufen, das allerdings bei der großen Gewerbsthätigkeit und dem belebten Handel des Ortes von großem Einfluß sein würde. — Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht weit gediehn, und sollen auch nicht den Anklang gefunden haben, dessen sich das erstgenannte Institut erfreute.

Inzwischen hat der Vorstand des Handwerker-Vereins nicht gesäumt, anderwärts thätig für seine Comittenten zu sorgen. — In 2 Gesuchen an den Magistrat und den Herrn Ober-Präsidenten von Beurmann hat er die Bitte um Unterstützung ausgesprochen, und seine Anträge auf gründliche und erschöpfende Weise motivirt, so daß es, wenn es in der Macht der Behörden liegt, der Verein sich gewiß eines Geldbeitrags aus städtischen und Staats-Kassen erfreun wird.

Für die Mitte Februar ist von dem Vorstande des Handwerker-Vereins der Provinz Sachsen eine große Versammlung in Stettin ausgeschrieben; eine Aufforderung und Anfrage an den hiesigen Verein, ob derselbe die Stettiner Versammlung durch Deputirte seines Vorstandes beschicken werde, hat der unsrige bejaht.

Ein besonderes Motiv für diese Zusammenkunft hat der Vorstand des Sächsischen Vereins in der Nothwendigkeit gefunden, daß die sämmtlichen Preußischen Handwerker-Vereine wieder einmal ein Zeichen ihres Lebens von sich geben, um zu zeigen, daß noch Kraft und Regsamkeit in ihnen wohne.

Wir können ihm nur beistimmen, — wenn er treu bei seinem Vorsatz bleibt, und sich nur innerhalb der Schranken des Gesetzes hält, und namentlich alle und jede Politik aus dem Spiele läßt.

So sehr wir dem hiesigen Vereine haben Gerechtigkeit widerfahren lassen, so möchten wir ihn dennoch warnen, nicht übereilt Petitionen zu schmieden und abzusenden. Möge er doch bedenken, daß unsere Vertreter in Berlin bei den Kammern unserer sehr wohl gedenken, gewiß Alles reiflich überlegen, und in den verschiedenen Verhältnissen klarer sehn, als wir, die wir unmittelbar betheiligt, vom lieben Egoismus uns die Augen trüben lassen.

Unter dem 13. Decbr. v. J. hatte der hiesige Handwerkerverein eine Petition an die Kammern gesendet, in der er ziemlich energisch gegen die Einführung der Einkommensteuer neben der Gewerbesteuer protestirt, sich in 48er Redensarten ergeht, von halben Maßregeln, Anhäufung von Kapitalien in Händen Einzelner, Ruin des Gewerbefleißes, Verfall des Handwerkerstandes durch die Gewerbesteuer ꝛc. spricht.

Der Sächsische Verein hat nun auf eine gründliche und verständige Weise dieses Begehr, in Form und Materie, als übereilt bewiesen. — Er sagt: Wir halten diese Petition für nutz- und erfolglos. — Die Kammern werden einmal gar nicht dazu kommen, diese Angelegenheit zu berathen, denn das Mandat der ersten Kammer ist beinah abgelaufen, und da die zweite Kammer nicht allein forttagen kann, so werden beide ihre Endschaft gar bald erreichen.

Zweitens aber erscheint uns die Petition in ihrem Begehr nicht richtig. — Die Zeit der Phrasen und Redensarten ist vorüber, will Jemand jetzt noch etwas wirken, so muß er einfach und gründlich das Sachverhältniß darlegen, nicht aber in Phrasen sich ergehn, die schimmern, deren Unhaltbarkeit aber leicht zu durchschauen ist. — Es ist mindestens eine Uebertreibung, daß die Gewerbesteuer den Verfall des Handwerkerstandes herbeigeführt, ꝛc. ꝛc.

Die Petition mußte nicht Aufhebung der Gewerbesteuer verlangen, sondern einfach: Anrechnung derselben bei der Einkommensteuer beantragen, und das scheint uns auch das Richtige zu sein. Deshalb überlege ja Jeder, was er will, er prüfe ob die anscheinenden Ungerechtigkeiten auch welche sind, und denke nicht blos an sein liebes Ich. So nur kann der Geist wiederkehren, der nothwendig ist, um einen glücklichen Staat zu bilden und zu beleben.

Berlin, den 7. Jan. (Const. Z.) Die Neue Preußische Zeitung, welche Zorn und Galle, Bann und Fluch gegen die Beschwörung der Verfassung hingeworfen, welche dem Ministerium schnöden Abfall von ihrer Lehre und ihrer Führung, als Abfall von Gott und Schwäche gegen die „Revolution", wiederholt vorgeworfen, lenkt plötzlich wieder ein. Es war ihre Kapuzinade nur ein „Freundes-Privilegium", als „treue Freunde" glaubt sie sich verpflichtet, ernste, strafende Worte zu richten an die „Freunde". Dann aber giebt es neben dem Rechte zu tadeln und zu mahnen „noch ein anderes, schöneres Freundes-Privilegium" zu entschuldigen und „Alles zum Besten zu kehren"; sie erinnert metaphorisch und bezeichnend für ihren Standpunkt an die Worte Christi bei dem Urtheil über die Ehebrecherin, und findet dann: „daß es freilich leichter ist, critisirende Zeitungsartikel zu schreiben, als das Ruder eines großen Staates zu führen in sturmbewegter Zeit."

Die Gerlachsche Partei findet also, daß ihre Zeit noch nicht gekommen ist. Wohl aber möchten sie ministerielle Puppen haben, welche nach ihren offenen und geheimen Fäden tanzen. Sie will das Ministerium Brandenburg-Manteuffel — nachdem sie hervorgehoben, „was sich mit Fug und Recht sagen läßt zur Entschuldigung für seine unleugbaren, bedeutenden Fehler" — wiederum protegiren, und reicht ihm „zu dem bevorstehenden Kampfe, zu der nahen abermaligen erschütternden Krise vertrauensvoll die Freundeshand entgegen." — Sie erwartet aber für diese Herablassung, „daß in dieselbe (die Freundeshand der Neuen Preußischen!) einschlage „die" ritterlich gewappnete Rechte, welche im November und April die Revolution niederwarf, nicht „die" Hand, welche im December (Verfassung!), im Mai (Dreikönigsbündniß!), im August (Camphausen's Antrag über §. 111 und die Radowitz'schen Vorlagen?) und fort und fort aufgab, was sie gewonnen!" — Bedeutungsvoll warnend fügt sie hinzu: „Nur jene vermögen wir mit Wärme zu drücken."

Das Ministerium ist also gehörig avertirt, was es zu thun hat, um sich die Gnade der Kreuzzeitungs-Partei zu erhalten. Die Bedingung, unter der sie sein längeres Verbleiben im Amt gestattet. — Möge es nicht vergessen, wohin die Grundsätze dieser Partei das Land und die Dynastie gebracht haben!

Die Deutsche Reform tritt endlich auch in die Schranken, den pharisäischen Hochmuth der kreuzritterlichen Ultras zu bekämpfen. Das hätte schon längst geschehen sollen, denn Verderblicheres giebt es nicht für das Gouvernement, als der weit verbreitete Glaube, es handele unter dem Einflusse jener finsteren Partei, welche auf tausend Wegen seine Richtung bedinge. Wir wollen sehen, ob die „Deutsche Reform" nicht nur gegen die directen und gehässigen Angriffe des Rundschauers vom December, sondern auch gegen die schnöde, herablassende Protection des oben besprochenen Leitartikels der Neuen Preußischen Zeitung und seine Bedingungen zu Felde zu ziehen den Muth haben wird. Ihr Sonntagsartikel, der sich überaus in die süßlich frömmelnde Form des Ultrablattes einzwängt, enthält eine Stelle, welche bemerkt und hervorgehoben werden muß:

„Von keiner anderen Seite wird das Innerste und Heiligste, werden Pflichttreue und Gewissen der Minister so tief verletzt, als von dem Rundschauer, welcher, wie es scheint, in seinem „Glauben" und in seiner „christlichen Liebe" eine Berechtigung zu ehrenrührigen Angriffen gegen die „schwachgläubigen Sünder" im Ministerium findet, wie sie keiner der demokratischen Gegner in seinem Hasse je gefunden hat."

Möchte das Ministerium diesen Haß nur recht gründlich verdienen. Es wäre sein schönster Ehrentitel vor dem Lande und in der Geschichte von Preußen.

Offenbar um der ultrademokratischen Urwähler-Zeitung entgegen zu wirken, erscheint hier seit dem 1. Januar ein Volksblatt unter dem Titel „Neueste Nachrichten." Das Blättchen könnte nützlich wirken, wenn es den Inhalt der großen politischen Blätter im Volkstone referirend wieder gäbe. Aber der Volkston ist eben so schwer zu treffen, als der einer Erzählung für Kinder, und es bedarf der inneren Gediegenheit eines Hebel und eines Schmidt, um dabei nicht trivial zu werden. Daß die „Neuesten Nachrichten", den großen Blättern nachahmend, Leitartikel und dann politische Nachrichten nach Ländern geographisch geordnet bringt, will uns nicht zweckmäßig erscheinen. Sie sollten blos erzählen, aber sinnig, plan und pikant. Die Tendenz ist, so viel aus den wenigen Nummern sich beurtheilen läßt, eine ganz anerkennenswerthe, und fern von reactionären Ideen. Buddelmeiers Mitwirkung kann dem Fortgange der „Neuesten Nachrichten" nur nützlich sein. — Die Sonntagsnummer hat eine politische Caricatur. „Wir wählen nicht", welche gut gezeichnet und erdacht ist.

Die demokratische Zeitung, dem Principe nach das weitestgehende, der Form nach das bestredigirte Blatt jener Partei beginnt einen Leitartikel über Associationen mit folgenden Bemerkungen: „Sociale Reform, materielle und sittliche Hebung der Arbeiter — man wird nicht müde, in allen Parteien diese Stichwörter zu wiederholen, und vielleicht gerade deshalb sind wir über diese Fragen in der tiefsten Dunkelheit befangen. Vergessen wir aber die Lehre nicht, die uns Frankreich in dieser Beziehung gegeben hat; vergessen wir nicht, daß dort die Volkspartei das Ruder des Staates in der Hand hatte, und es verlor, weil die Lösung der socialen Frage für sie ebenso nothwendig, als „unmöglich" war; bedenken wir, daß uns dasselbe Schicksal noch in der Zukunft bevorsteht, wenn wir die socialen Wahrheiten nicht klar discutirt und zum Gemeingute gemacht haben. So lange

wir nicht dahin gekommen sind, können wir auf dem socialen Gebiete nur experimentiren, und in diesen Experimenten werden wir der vorsichtigeren Alltagsweisheit der Bourgeoisie unterliegen; so lange nicht jeder Einzelne durch seine Arbeit und geleitet von klarer Einsicht zur Lösung dieser Lebensfrage bei Demokrtie mitwirkt, wird sie der hartnäckigste „Feind" der Demokratie sein."

Welch' ein Geständniß! Die Einsichtsvollen mögen daraus lernen. Die bornirten Demokraten werden aber nichtsdestoweniger fortfahren, mit der brennenden Lunte auf dem Pulverfasse zu spielen. — Zuletzt freilich läuft der Artikel der „demokratischen Zeitung" auf eine Volksbank hinaus. Soll das das Wort des ungelösten Räthsels sein? Glaubt das die demokratische Zeitung selbst? Ist Proudhon ihr Prophet? — Wir halten sie für zu verständig für solchen Unsinn.

Berlin, den 8. Januar. (St. Anz.) Nachdem die Ausführung der Ostbahn nach den Vorschlägen der Regierung die Genehmigung der Kammern erhalten hat, werden die Arbeiten an dieser großen und wichtigen Bahn nunmehr kräftiger, als bisher geschehen konnte, in Angriff genommen werden. Für das laufende Jahr 1850 wird eine Summe von 2,800,000 Rthl. zur Verwendung kommen, wovon 500,000 Rthlr. für die großen Weichsel- und Nogatbrücken, 500,000 Rthlr. für die Fortsetzung der Deich- und Strom-Regulirungen an den gedachten beiden Strömen, der Rest mit 1,800,000 Rthlr. zur Fortsetzung der Arbeiten an der Bahn selbst bestimmt sind. Es liegt im Plane, die acht Meilen lange Bahnstrecke vom Kreuzpunkte der Ostbahn bei Driesen bis Schneidemühl schon im Laufe des Jahres 1850, die weitere Strecke von Schneidemühl bis Bromberg im Sommer 1851 dem Betriebe zu übergeben. Dem Vernehmen nach werden die für die Strecke bis Bromberg (ca. 20 Meilen) erforderlichen Bahnschienen nunmehr den fünf größten rheinisch-westphälischen und den schlesischen Walzwerken zugeschlagen werden, nachdem im Wege der Privat-Unterhandlung ein besseres Resultat als bei der öffentlichen Submission erzielt worden ist. Der Centner (zu 110 Pfund) breitbasiger Schienen wird auf 4 Rthlr. 8 Sgr. 9 Pf. frei auf der Abladestelle bei Stettin zu stehen kommen. Die oberste und unterste ein Zoll dicke Schicht des Paquets, welche über die ganze Breite des Paquets übergreift, muß vom besten deutschen Eisen genommen werden. Die mit einer Rinne und Seitenbacken besonders geformten Schienen für Wege-Uebergänge, wovon für die bezeichnete Strecke 1810 Centner nöthig sind, sollen durchweg vom besten deutschen Eisen gemacht werden und kommen auf 6 Rthlr. 3 Sgr. 9 Pf. pro Centner zu stehen. Die bedungene Verwendung deutschen Eisens wird zwar, namentlich, wenn der wegfallende Eingangszoll vom fremden Eisen mit in Rechnung gebracht wird, die Schienen nicht unbeträchtlich vertheuern. Die Erfahrung hat indeß gelehrt, daß Schienen mit einer starken Decke von gutem deutschen Eisen ungleich haltbarer sind. Immerhin bleibt aber nicht zu verkennen, daß der Staat der inländischen Eisen-Industrie ein bedeutendes Opfer bringt, und es wird einer weiteren Erwägung vorbehalten bleiben müssen, ob und inwieweit bei dem ferneren Bedarf eine gleiche Berücksichtigung mit dem finanziellen Staats-Interesse vereinbar sein wird.

— Um zu beurtheilen, wie man in Ungarn selbst über die Kampf-Ereignisse der letzten Zeit und deren angeblichen Grund denkt, dazu dient als kleiner Beitrag ein Brief, den unser Mitbürger Prof. Gubitz empfing. Diesem sandte G. Schröe, Professor am Lyceum zu Preßburg (unter dem Namen Chr. Oeser Verfasser mehrerer, auch schon in mehreren Auflagen erschienenen Schriften, in Bezug auf Volksbildung) ein vom 1. Januar 1850 datirtes Glückwunschschreiben, aus welchem wir Folgendes wörtlich entnehmen: „Eine große Freude verursachte mir neulich Ihr Volks-Kalender auf 1850, besonders durch den trefflichen Aufsatz über Nationalitäten, wo auch das liebe Magyarenthum zur Sprache kommt. So gesund und so grad heraus hat es dem übermüthigen, hochmüthigen Volk noch Niemand gesagt. Ja ich habe mich jederzeit geärgert, wie die Deutschen mit diesen Barbaren und Erbfeinden unserer Nation liebäugeln, und in unsern Zeitungen weidlich darüber geschmält und geeifert. Als aber Ihr Aufsatz kam, machte ich ihn auszugsweise in der Pesther-Zeitung bekannt, daß man doch sehe, daß es noch Deutsche gebe, die Ehre im Leibe haben, und ein Aristokraten-Volk, das unsere Leute mit Füßen tritt, nicht ein edles nennen, sondern ihm seine untergeordnete Stelle anweisen. Haben Sie demnach im Namen der Siebenbürger und derjenigen Deutschen in Ungarn, die durchweg deutsch sind, herzlichen Dank für dieses männlich ernste Wort, womit Sie der Tyrannen öffentliche Meinung und den Sudlern sans culotte entgegengetreten und lassen Sie mehr dergleichen folgen. (Berl. N.)

— (Const. Ztg.) Gestern Vormittag wurde im Hôtel des Grafen v. Brandenburg ein Ministerrath gehalten. — Wie man versichert, soll endlich das Defensionswesen durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, was in der That längst nothwendig gewesen wäre, da bisher unsere Advokaten bei dem besten Willen oft Defensionen ablehnen mußten, um sich nicht der größten Verantwortung auszusetzen. — Gestern sahen wir einen bekannten Hausbesitzer in der Leipzigerstraße vor seinem eigenen Hause dergestalt heftig auf den conservativsten Theil des Menschen niederfallen, daß er seinen öffentlichen Sitz auf der Straße behielt, dagegen momentan vor Schreck seine Stimme verlor. Möge dieser traurige Fall, der mit einem tiefen Riß, wenn auch nicht in der menschlichen Gesellschaft, so doch in einem nur allzu nöthigen Kleidungsstück endigte, die renitenten Gemüther der Hausbesitzer veranlassen, im Interesse ihrer eigenen Knochensysteme, die Trottoirs mit Sand respective Asche zu bestreuen.

Guhrau, den 5. Januar. (Berl. N.) Noch ist die Gefahr nicht vorüber, in welcher unsere Mitbürger in den Oder-Niederungen zwischen Züchen und Austen bereits seit länger als zwei Wochen schweben, und noch von keiner Seite eine kräftige, durchgreifende Hülfe! Noch nirgends sind von den betreffenden Behörden Menschenhände aufgeboten, um das gestaute Eis der Oder zu sprengen. Auf diese Weise ist unsere Gegend ihrem trostlosen Schicksale preisgegeben. Es scheint also auch hier, trotz des herzzerreißenden Nothrufs so vieler Tausende, Alles den gewöhnlichen, trägen Geschäftsgang zu gehen: Hin und her berichten und anfragen und technische Gutachten abgeben, unterdessen verstreicht die Zeit, das Thauwetter tritt ein, und das Unglück und die Zerstörung durch neue Dammbrüche wird weit größer werden, als es jetzt schon ist, und die Kosten des Schadens werden vielleicht das Zehnfache von dem betragen, was jetzt das Sprengen und Aufeisen kosten würde.

Tilsit. Der berüchtigte Schleichhändler und Freibeuter Krotinus ist noch nicht gefangen. Die Nachricht von seiner Gefangennehmung, welche das Echo am Memelufer brachte, war irrig. Krotinus ist der Beschützer und Beförderer des Schmuggelhandels auf der ganzen Russisch-Preußischen Gränze. Die Gränzbewohner sind ihm alle unterthan. Die Russischen Soldaten sind seine besten Freunde. Denn der Schmuggel bringt reiche Erndten. Seine Bande soll 600 Mann stark sein. Wo er hinkommt ist er ein lieber Gast, denn er bringt Geld. So war er in einem Dorfe bei einem Tanzvergnügen nahe daran, von zwei Gens'darmen gefangen zu werden. Doch wie diese eintraten, ertönte die Fidel zum Tanz, Juchheisa fidum und alle Mädels um die Polizei herum. Ist den Herrn nicht gefällig, ein Tänzchen zu wagen? Wir haben schon lange nicht die Ehre gehabt. So wurde den Gens'darmen von dem Haufen Mädels, bei denen kein gardez half, Schach geboten. So waren die Gens'darmen gefangen, indeß Krotinus mit einem neckischen: „Gehabt Euch wohl, Ihr Herren, auf ein baldiges Wiedersehn!" wie der Wind durchs geöffnete Fenster davon flog, und die Mädels riefen: „Komm wieder Krotine, wieder, wieder." Ein vollkommner Raubritter, dieser Krotinus, ein neuer Ahn mit Vollblut frisch vom Urfaß! Die Preußischen Gränzbewohner gehen für ihn durch Feuer und Wasser. Er schafft ihnen Brod, während sie sonst bei der Gränzsperre in Elend leben müßten. Er ist ihnen in ihrem gefahrvollem Erwerb ein kühner Häuptling. Er weiß aber auch zu reden. Eure Regierung taugt nichts, sagt er, ich werde Euch die Gränze öffnen, ich werde Chausseen, Eisenbahnen und Kriegsschiffe bauen, ich werde Euch Handel und Verkehr schaffen, von Eurer Regierung habt Ihr nichts zu erwarten. Und so etwas gefällt den Leuten. Denn sie wissen sehr gut, daß durch unsere Stellung gegen Rußland und durch die Gränzsperre der Handel und Verkehr zu Grunde geht. Auch gute Lehren weiß Krotinus mit Nachdruck zu geben. Ein Preußischer Forst-Candidat wurde wegen seines hochfahrenden und tyrannischen Benehmens bei ihm angeklagt. Eines Tages, als der Candidat in den Wald reitet, erblickt er einen Mann, der seine Doppelbüchse auf ihn anlegt. Halt, donnert dieser den Candidaten an, ich bin Krotinus. Steig er vom Pferde, sonst jag ich ihm eine Kugel durch den Kopf. Der Candidat erschrocken, steigt vom Pferde. Krotin hält ihm nun sein Betragen vor und schließt mit der Warnung: „Bessere er sich, für diesmal kommt er mit dem Schreck davon, höre ich von ihm wieder Schlechtes, dann wirds schärfer kommen. Jetzt mach er sich davon." Der Candidat hatte nichts Eiligeres zu thun, als sich wieder zu Pferd zu setzen und davon zu reiten. — Bei seiner Bande hat Krotinus einen furchtbaren Respekt. Er hält aber auch eine strenge Zucht. Einen von seinen Leuten, der gestohlen, ließ er an einen Baum aufhängen und darunter eine Tafel mit der Warnung setzen: „So straft Crotin den Dieb." — So hört man von den Thaten dieses anscheinend mehr kühnen, als schlechten Abenteuerers erzählen. Solche Leute sind die natürlichen Produkte einer unnatürlichen Gränzsperre. Krotin öffnet die Gränze, was die Diplomatie nicht vermag. Darum hat er solchen Anhang, während er sonst als gemeiner Räuber längst im Zuchthause säße.

Frankfurt a. M., den 8. Jan. (B. N) Die hiesigen demokratischen Vereine haben einstimmig beschlossen, nicht für den gesetzgebenden Körper zu wählen. — Die erste Darmstädtische Kammer hat zu dem Verfahren der Regierung in der Deutschen Frage ihre Zustimmung gegeben.

Leipzig, den 7. Jan. (Const. Ztg.) Im ganzen Lande nimmt die Unzufriedenheit und das Mißtrauen wegen der an der Gränze stehenden Oesterr. Beobachtungstruppen täglich zu, und die immer sich wiederholenden Nachrichten der Wiener und Prager Blätter, daß noch mehr Mannschaft zur Verstärkung jenes Corps nach der Gränze befördert werde, sind nicht geeignet, die öffentliche Meinung in dieser Angelegenheit in eine günstigere zu verwandeln. Nur Ein Stand macht eine rühmliche Ausnahme, nämlich unsere Offiziere. Diese fraternisiren mit den K. K. Herren Kameraden und (so Gott will!) Waffenbrüdern, so oft es nur gehen mag; sie lassen sich von den Oesterreichischen Militair-Musikbanden schöne Böhmische Musik machen, und um der Sache die Krone aufzusetzen, finden sich bei diesen musikalischen Unterhandlungen auch Mitglieder der Sächsischen Ritterschaft in Masse ein. Vor Kurzem gab in einem Gränzdorfe ein Oesterreichisches Jägerbataillon den aus der Umgegend eingeladenen Sächsischen Offizieren und Rittergutsbesitzern ein Concert, und morgen wird das Musikchor eines Oesterreichischen Feldjäger-Bataillons in dem dicht unterhalb der berühmten Bergfestung gleiches Namens gelegenen Städtchen Königstein ein großes Extraconcert geben. Man sieht, unsere Offiziere wollen es mit Niemandem verderben; in den Maitagen fraternisirten sie mit ihren Preußischen Kameraden, jetzt schließen sie mit derselben Inbrunst die Offiziere der Kaiserlichen Armee in ihre Arme. Sollten einmal Russische Truppen zum Zweck der „Observation" unsern Gränzen nahen, wird man nicht auch mit Kosaken und Baschkiren eben so warme Freundschaft schließen?

In Dresden und den umliegenden Ortschaften werden immer mehr Truppen concentrirt; die Beurlaubten werden einberufen, neuer Urlaub unter keiner Bedingung ertheilt. Natürlich bringt man diese sonst durch gar Nichts gerechtfertigten Maaßregeln mit der Absicht der Regierung, die Kammern in der allernächsten Zeit aufzulösen, in die engste Verbindung. Auch wir in Leipzig haben im Laufe dieser Woche die Ankunft einer Batterie zu erwarten.

Die Kammern scheinen endlich zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß auch die friedfertigste, versöhnlichste und gemäßigteste Haltung unserem Ministerium gegenüber zu keinem erfreulichen Resultate führen könne, und es ist deshalb auch Carlowitz, als Berichterstatter des zweiten Ausschusses der ersten Kammer, mit so kräftigen und nachdrücklichen Anträgen herausgetreten, daß ein Zusammenstoß zwischen Regierung und Ständen, und also wohl auch eine Entscheidung des traurigen Provisoriums, in welchem wir uns gegenwärtig befinden, nicht lange mehr hinausgeschoben werden kann. Sollte es vollends noch zu gründlichen Verhandlungen über die Regierungsvorlagen, in Betreff der Deutschen Verfassungsangelegenheit, kommen, so darf, bei der im höchsten Grade mangelhaften, unbefriedigenden und oft geradezu einen peinlichen Eindruck machenden Darlegung der Regierungspolitik in dieser Angelegenheit, eine vollkommene Niederlage des Cabinets als unzweifelhaft vorausverkündigt werden, da selbst die radikalen Fractionen der Kammern das Ministerium schwerlich hinreichend unterstützen werden.

* Altenburg, den 2. Jan. Die Besetzung Altenburgs durch Reichstruppen hat heute ihr Ende erreicht; die Preußen haben heute unter Abspielung des Preußenliedes unsere Stadt verlassen. Dem Vernehmen nach werden sie zu einer mobilen Colonne in der Nähe Leipzigs stoßen.

Frankreich.

Paris, den 5. Januar. (Köln. Ztg.) Der Justizminister hat auf Andringen vieler Präfecte an alle Prokuratoren durch Rundschreiben die Aufforderung gerichtet, gegen jeden Elementarlehrer gerichtlich einzuschreiten, der sich der socialistischen Propaganda hingebe. — Der Exminister Duchatel ist hier eingetroffen, angeblich um sich in der Sache des Grabmals von Napoleon persönlich zu vertheidigen. — An der Ernennung Jerome Bonaparte's zum Marschall hat sowohl die demokratische, als die legitimistische Presse mancherlei auszusetzen. Der „National" meint, gerade wie L. Napoleon bloß darum Präsident geworden, weil er der Neffe seines Onkels war, so sei Jerome nur deßhalb Marschall geworden, weil er der Onkel seines Neffen sei. Ueberdies sei die Ernennung ungesetzlich, da Jerome bei seiner Thronbesteigung seinem Grade als Divisions-General förmlich entsagt und ihn seitdem durch keine gesetzliche Maaßregel wieder erhalten habe. Die Zahl der Marschälle beträgt nunmehr sechs: Soult, geboren 1769, Marschall seit 1804; Gerard, geboren 1773, Marschall seit 1830; Sebastiani, geboren 1775, Marschall seit 1840; Reille, geboren 1775, Marschall seit 1847; Dode, geboren 1776, Marschall seit 1847, und Jerome Bonaparte, geboren 1784, Marschall seit 1850. — Wie man versichert, hat die Regierung beschlossen, von der Verfolgung der beim sogenannten Complott der Straße Rumford betheiligten Personen gänzlich abzustehen. — Die Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften hat Guizot zum Vice-Präsidenten für 1850 gewählt. — L. Napoleon soll einem hiesigen Gymnasiasten, dessen Taufpathe er ist, auf seine Bitte als Neujahrsgeschenk die Freilassung mehrerer politischen Gefangenen gewährt haben. — Eines der neulichen Duelle Pierre Bonaparte's scheint nochmals vor die Oeffentlichkeit kommen zu sollen. Er wird nämlich beschuldigt, die Gendarmen, welche sein Duell mit dem Redakteur des „Corsaire" verhindern sollten, mit Erschießung bedroht zu haben, nachdem er ihnen vergeblich befohlen hatte, sich zu entfernen. Die Sache wird in acht Tagen zu Versailles zur gerichtlichen Verhandlung kommen. — Ein drittes Organ des Elysee wird als „Messager" in Form einer Revue unter der Leitung des Repräsentanten Briffaut, eines Vertrauten L. Napoleons, erscheinen. — Unter dem zu Cambray garnisonirenden Kuirassir-Regiment sollen sich Keime der Empörung kundgegeben und Divisions-General Lamartini den Befehl erhalten haben, sofort dahin abzureisen. Die Politik hat mit der Sache nichts zu schaffen. — Die gestrige Abstimmung zur Neuwahl des Vorstandes der National-Versammlung hat eine Spaltung in der sonst compakten Majorität ergeben, welche die Organe der letzteren heute um so mehr beschäftigt, als schon die Abstimmungen über das Gesetz gegen die Elementarlehrer und über die Angelegenheit von Montevideo eine Zersetzung der Majorität in verschiedene Elemente angezeigt hatten. Von dem bisherigen Präsidenten Dupin ist diesmal die kleine Partei des constitutionellen Cirkels, der er zu ministeriell war, mit Dufaure an der Spitze, abgefallen, und hat ihre Stimmen auf Odilon Barrot übertragen. Dem bisherigen Vice-Präsidenten Benoit d'Azy, einem Legitimisten, sind diesmal eine Anzahl ministerieller Stimmen entgangen, weil er mit vielen von seiner Partei gegen das Parrieu'sche Gesetz über die Elementarlehrer votirt hatte. Ein anderer der bisherigen Vice-Präsidenten, General Bedeau, ist sogar aus Mangel der nöthigen Stimmenzahl gestern noch gar nicht gewählt worden, ohne Zweifel, weil er sich zum constitutionellen Cirkel geschlagen und neulich in einer sehr energischen Stegreifrede die strengste Achtung vor der Verfassung proklamirt hat.

— Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der National-Versammlung erklärt in der fortgesetzten Diskussion über die La Plata-Frage der Minister des Auswärtigen wiederholt, daß die Regierung nicht Willens sei, einen bewaffneten Unterhändler abzuschicken. Sie werde fortfahren, auf Grundlage der schwebenden und, da der Vertrag Lepredour von ihr wegen seiner Mängel gar nicht vorgelegt worden sei, keineswegs abgebrochenen früheren Unterhandlungen auch ferner zu unterhandeln. Den Geist des Vertrags Lepredour werde sie dabei zu wahren suchen und vor Allem die Französischen Angehörigen am La Plata kräftig zu schützen bemüht sein. Er hoffe, daß die Versammlung hinlängliches Vertrauen in die Regierung setze, um überzeugt zu sein, daß dieselbe alles thun werde, was Frankreichs Ehre und Interesse erheische. Raudot giebt zu bedenken, daß eine bewaffnete Unterhandlung auf Krieg hinaus laufe und beantragt die Ernennung einer besondern Kommission, welche über die Frage von Krieg oder Frieden entscheiden soll. Admiral Dupetit-Thouars ist gegen die Fortsetzung der Unterhandlungen, weil dieselbe nur zu neuen Demüthigungen, Rosas gegenüber, führen werde. Er spricht die Ansicht aus, daß eine gut geleitete Expedition in weniger als sechs Monaten zum Ziele führen werde.

Rußland und Polen.

Petersburg, den 25. Dezember. Ueber die St. Petersburg-Moskausche Eisenbahn wird im Feuilleton des „Russischen Invaliden" Folgendes mitgetheilt: „Die Arbeiten auf diesem langen Schienenwege werden nach und nach zum Schlusse geführt trotz der Hindernisse, die die Natur selbst hier im Norden ihnen entgegenstellt. — Ein Theil der Eisenbahn ist während des vorigen Herbstes bereits benutzt worden, indem im Oktober und November die Reserve-Bataillone des Grenadierkorps, die während der Abwesenheit der Garden hier in der Residenz den Wachtdienst versehen haben, von St. Petersburg bis zum Ssoßninskischen Pristan am Wolchow, d. h. 110 Werst weit, auf derselben befördert worden sind. Die Zahl dieser Truppen belief sich mit den zu ihnen gehörigen Rekruten auf 13,000 Mann. Außerdem haben noch 9000 Mann Beurlaubter, die nach Nowgorod und Moskau marschirten, bis Tschudowo die Bahn benutzt. Die Truppen waren in Echelons getheilt; jeder Echelon wurde in zwei Malen befördert. (H. B. H.)

Aus dem Königreiche Polen. — In den letzten Tagen des verflossenen Jahres sind im Königreich Polen einige Verordnungen erschienen, durch welche sämmtliche Lehranstalten unter militairische Disciplin gestellt werden, so daß jede Civil-Schule zugleich eine soldatische Ausbildung giebt. Gleichzeilig ist eine Vorkehrung getroffen, durch welche allen Nichtadligen die über unsere Quinta hinausgehende Bildung verschlossen wird. Dieselbe bezieht sich auf die 3. Klasse der Russischen Schule, welche unserer Quinta gleich steht. Für Deutsche Kolonisten und ihre Kinder eine tröstliche Aussicht! In die unteren Klassen der höheren Unterrichts-Anstalten können auch Nichtadlige aufgenommen werden, doch beträgt für sie das Schulgeld gegen 200 Rubel Silber jährlich. (Berl. N.)

Spanien.

Madrid, den 28. December. (Köln. Z.) Die Königin hütet seit einigen Tagen das Zimmer; sie fügt sich jetzt allen Vorsichtsmaaßregeln, welche ihr Zustand erheischt. — Die Berathung über das Budget soll in der morgigen Sitzung beginnen. — Wie man vernimmt, werden in der Nähe der Hauptstadt acht Cavallerie-Regimenter zusammengezogen. — In den letzten Tagen hatten wir hier so strenge Kälte, daß in der Nacht des 25. drei Schildwachen am Palaste fast erfroren wären. — Die Arbeiten an der Eisenbahn von hier nach Aranjuez werden so eifrig betrieben, daß man ihre Vollendung bis zum Mai bestimmt erwartet. — Unser jetziger Gesandter in Wien, Herzog von Gor, ist Vice-Präsident des Königlichen Rathes geworden; als sein Nachfolger wird Mon genannt.

Kammer-Verhandlungen.

81ste Sitzung der zweiten Kammer vom 8. Januar.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um $12\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministertische: v. Manteuffel, v. Rabe, Reg.-Kommissar Direktor Horn.

Abg. v. Lisiecki bittet um einen 4wöchentlichen Urlaub, da er auf den 24. d. vor das Schwurgericht zu Ostrowo geladen sei. Der Urlaub wird bewilligt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl eines Schriftführers an die Stelle des ausgeschiedenen Abg. Ostermann. Während der Zählung der Stimmzettel geht die Kammer gemäß der Tagesordnung zur Fortsetzung der Budgetberathung über.

Die Minister v. Schleinitz und v. Ladenberg sind eingetreten. Der Referent Abg. Pochhammer liest den Bericht über die indirekte Steuer-Verwaltung.

Abg. Harkort: Ich kann mich mit dem Ansatz von 13,500,000 Thaler Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben für 1850 nicht einverstanden erklären. Ich weiß nicht, weßhalb 1 Million weniger als im Jahre 1848 eingehen sollte. Ich habe, wie ich gestern vom Referenten belehrt worden bin, die Protokolle der Kommission zur Hand genommen, und darin nun gefunden, daß Referent und Vorsitzender sich mit dem Ansatz einverstanden erklärt haben. (Gelächter). Dabei mache ich noch auf einige nationalökonomische Punkte kurz aufmerksam. Holland, ein so kleiner Staat, hat von allen Durchgangsabgaben abstrahirt; ich glaube Preußen könnte das auch thun. Vorzugsweise die Provinz Preußen würde dadurch gewinnen, und sie verdient gewiß Berücksichtigung. Ich stelle für jetzt den Antrag, den Ansatz für Eingangs- und Ausgangsabgaben im Etat von 1850 auf 14,432,000 Thlr. (den Satz von 1846—48) zurückzuführen.

Abg. v. Patow: Ich schließe mich dem Antrage nicht an. Es ist nicht wünschenswerth, in dem Etat ein Deficit zu haben, aber noch viel weniger in den Kassen. Wir dürfen also die Ansätze nicht zu hoch nehmen. Ich theile den Wunsch, die Durchgangszölle aufzuheben; um so weniger wünsche ich, daß wir den Ansatz dafür erhöhen.

Abg. Schröder weiß nicht, wie der Antrag ausgeführt werden soll. Sollen wir dem Finanzminister anbefehlen, 1 Million mehr einzunehmen? (Oh! oh!)

Abg. Harkort: Herrn von Patow erwidere ich, daß, wenn wir auch die Aufhebung der Durchgangszölle wünschen, dieselbe schwerlich für 1850 geschehen wird, und nur um den Etat von 1850 handelt es sich. Dem andern Redner erwidere ich, ich habe Gründe angeführt, er nicht (Gelächter). Ich glaube, ich bin noch immer sehr billig gewesen, nur den Ansatz des Etats von 1848 zu fordern; Einzelne mögen rückwärts gehen. Die Bevölkerung und ihr Verbrauch im Ganzen geht nicht rückwärts.

Der Harkort'sche Antrag wird verworfen. Bei dem Ansatz des Etats: Rübenzuckersteuer bemerkt der Ausschuß, es wäre wünschenswerth, daß der höhere Zoll von 3 Sgr. für den Centner Rüben, welcher in Gemäßheit einer Vereinbarung der Zollvereins-Regierungen bereits 1849 eingeführt werden sollte, aber nicht eingeführt werden konnte, weil die Badische Volksvertretung ihrer Regierung die Erlaubniß dazu nicht gab, bald möglichst eingeführt werde, weil die bedeutende Steigerung der Rübenzuckerfabrikation die Einnahme von Colonialzucker sehr beeinträchtige und die Staatskasse also zu kurz komme. Der Ausschuß hat einen Antrag gestellt, die Kammer wolle sich für die Nothwendigkeit der Erreichung dieses Zieles aussprechen.

Der Finanzminister: Die Regierung theilt die Ansicht des Ausschusses, und ist ebenfalls der Meinung, daß der Zoll auf Rübenzucker von $1\frac{1}{2}$ auf 3 Sgr. pro Cntr. Rüben und vielleicht noch mehr erhöht werden muß. Sie hat über diesen Gegenstand eine besondere Vorlage ausgearbeitet, und wird dieselbe nächstens vorlegen. Ich bemerke hierbei, daß selbstverständlich zur Einführung des höheren Zolles eine Vereinigung sämmtlicher Zollvereinsregierungen nöthig ist. Der Antrag wird also nur dahin gestellt werden, daß wenn eine solche Vereinigung stattfindet, die Regierung ermächtigt werde, den höheren Zoll einführen.

Abg. Harkort: Nicht blos im Interesse der Industrie, sondern auch des Landbaues trete ich dem Antrage der Kommission entgegen. Nach der Convention der Zollvereinsstaaten vom 8. Mai 1844 soll der Zoll von Rüben- und Colonial-Zucker so normirt werden, daß beide zusammen eine bestimmte Summe auf den Kopf erreichen müssen. Ich kann nun nicht finden, daß der Zoll von Colonial-Zucker abgenommen hat. 1844 würden 1,200,000 Ctr. Col.-Zucker eingeführt, 1848 1,400,000 Ctr.; der Zoll muß also zugenommen haben. Damals nahmen wir auf den Kopf 6 Sgr., jetzt 7 Sgr. 3 Pf. an Zoll für Zucker ein. Ich kann ferner nicht finden, daß die Maaßregel, welche der Ausschuß und die Regierung vor hat, dem Geiste der neuen Finanzpolitik entspricht. Die Fortschritte der Industrie, dünkt mich, müssen den Consumenten, nicht der Staatskasse zu Gute kommen. Steigt die Rübenzucker-Industrie, so gewinnt der Landbau und vorzüglich der kleinere und mittlere Besitz; für diesen eignet sich die Rübenzucht besonders und erleichtert ihm namentlich auch das Halten von Vieh. Ich denke, der Gegenstand wird einer gründlicheren Untersuchung vorbehalten, und schlage vor, über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

Die Kammer tritt dem Antrage auf Tagesordnung bei. In Betreff der Schlacht- und Mahlsteuer ist die Kommission der Ansicht, daß die Regierung zum Erlaß derselben einseitig nicht befugt gewesen sei und beantragt daher, wenn nicht die ganze Steuer in nächster Zeit aufgehoben wird, die Herstellung des gesetzlichen Zustandes.

Der Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) hebt die Verpflichtung der Kommission zu diesem Antrage hervor, da ein ungesetzlicher Act der Regierung dem Staate einen Theil seiner Einkünfte entziehe.

Der Abg. Winzler fordert Gerechtigkeit für alle Staatsbürger statt der Bevorzugung einzelner großer Städte. (Bravo!)

Abg. v. Auerswald: Nach der zur Zeit des vereinigten Landtags bestehenden Verfassung war ein Steuererlaß von Seiten der Regierung unzweifelhaft zuläßig. Die Nützlichkeit aber wird man kaum bestreiten können; man vergleiche nur die Denkschrift über den Nothstand nach 1847. Auch nach dem Gesetz von 1821 können Städte die Mahlsteuer mit der Klassensteuer vertauschen. Und die Tage, wo das Gesetz erlassen wurde, waren wohl am wenigsten geeignet, auf die Resultate weitläuftiger Deliberationen zu warten. Wenn das damalige Ministerium demnach eine Verfassungswidrigkeit begangen haben sollte, so hat wenigstens der damals noch versammelte vereinigte Landtag, so wie die Nationalversammlung keine gesehen. Die Sache ist also mindestens sehr zweifelhaft. (Bravo.)

Der Schluß der Diskussion wird angenommen. Die Kammer vertagt nach dem Antrage des Abg. Fröhner die Berathung des Kommissionsantrages bis nach vollendeter Berathung über die definitive Regelung der Mahlsteuer. Den Betrag der Schifffahrtsgelder beantragt der Abg. Harkort, um die Unterhaltungskosten, resp. auf die Hälfte herabzusetzen.

Der Abg. Viebahn vertheidigt die bisherigen Normen. Herr Harkort hatte angeführt, von der Ruhr würde mehr erhoben, als die Unterhaltungskosten betrügen, und dieses Mehr auf die Schiffbarmachung der Lippe verwendet. Herr Viebahn findet dieses Verfahren wegen „der Verwandtschaft beider Flüsse" billig. (Gelächter.)

Abg. Harkort: die Verwandtschaft beider Flüsse ist nicht erheblich, sie sind eher Concurrenten. (Heiterkeit.) Ich fordere das Haus auf, gerecht zu sein, und nicht uns, die wir an der Ruhr wohnen, die Kosten der Schiffbarmachung der Lippe tragen zu lassen.

Auf eine Bemerkung des Abg. Kleist-Reetzow zieht Herr Harkort den zweiten Theil seines Antrags (Ermäßigung resp. auf die Hälfte) zurück. Der Finanzminister erachtet, daß die Frage, welche der Abg. Harkort angeregt hat, zu wichtig und verwickelt ist, um sie nebenbei in der Budgetberathung zu entscheiden.

Graf Renard: Wer ist denn Eigenthümer der Ruhrwasserstraße? Die Anwohner doch nicht. Also kann der Staat die Ueberschüsse der Einnahme derselben verwenden, wie er will, so gut, wie die Einnahmen einer Chaussee oder dergl. (Unruhe.)

Die Kammer genehmigt die Positionen im Etat. Das Ergebniß der Schriftführerwahl ist, daß der Abg. Raute (Tilsit) mit relativer Stimmenmehrheit gewählt ist.

Schluß $3\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Budgetberathung.

---

82. Sitzung der 2. Kammer vom 9. Januar.

In der heutigen um $12\frac{1}{4}$ Uhr eröffneten Sitzung überreichte der Minister-Präsident Graf v. Brandenburg ebenfalls die neuen Vorlagen betreffend einige Abänderungen der Verfassung. Die Kammer geht hierauf zur Tagesordnung der Budget-Berathung über. (Schluß folgt.)

99ste Sitzung der ersten Kammer vom 9. Januar.

Der Präsident v. Auerswald eröffnet um $10\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich die Minister Graf Brandenburg, v. Manteuffel, Simons, v. d. Heydt, v. Schleinitz. v. Strotha, v. Ladenberg.

Minister-Präsident, Graf Brandenburg, ergreift unter großer Aufmerksamkeit das Wort: Meine Herren! Nachdem das Werk der Verfassung in das gegenwärtige Stadium getreten ist, ist es erforderlich, daß auch die Regierung sich über die Verfassung erkläre. Ich überreiche Ihnen zu dem Ende eine allerhöchste Botschaft, welche von zwei Beilagen begleitet ist. Die eine bezieht sich auf gewisse Veränderungen und Ergänzungen der Verfassung, die andere enthält die Motivirung dazu. Ich erlaube mir, Ihnen die betreffende Botschaft zu verlesen:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c. erklären hierdurch, daß Wir Willens sind, den von den Kammern vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezbr. 1848 Unsere Zustimmung zu ertheilen. Da Uns indessen bei sorgfältiger Prüfung und Erwägung noch einige andere Abänderungen und Ergänzungen der Verfassungs-Urkunde nöthig erschienen sind, Wir auch die Hoffnung nicht aufgeben mögen, daß es noch vor Abschluß des gegenwärtigen Revisionswerkes gelingen werde, die noch nicht vereinbarten Grundsätze für Bildung einer ersten Kammer definitiv festzusetzen, so lassen Wir eine Zusammenstellung Unserer in diesem Sinne aufgestellten Vorschläge in der Anlage den Kammern zu Ihrer Entschließung zugehen, um alsdann die Bestimmung wegen der vorbehaltenen Eidesleistung zur Ausführung zu bringen. Wir wünschen Unsererseits den Moment herbei, wo das Verfassungswerk abgeschlossen werde, aber je heiliger Wir das von Uns abzulegende eidliche Gelöbniß halten, um so mehr treten Uns dabei die Pflichten vor die Seele, die Uns für das theure Vaterland von Gott auferlegt sind, und Wir hegen zu der Volksvertretung die Zuversicht, daß Sie in Unseren auf „Verbesserung der Verfassung" gerichteten Vorschlägen einen Beweis Unserer Königlichen Gewissenhaftigkeit erkennen und würdigen werden. Gleichzeitig sprechen Wir die Erwartung aus, die Berathungen über die den Kammen gemachten Vorlagen, namentlich in Betreff der Gesetzgebung über die Presse und das Vereinsrecht, im Anschlusse an die beabsichtigten Abänderungen der Art. 24 bis 28 der Verfassung und mit Rücksicht auf die neuerdings gewonnenen Erfahrungen, dergestalt beschleunigt zu sehen, daß Unsere Regierung nach Feststellung der Verfassung alsbald in den Stand gesetzt werde, möglichst ohne Anwendung von Ausnahme-Maßregeln Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Wir vertrauen, daß es auch hier nicht um ein gegenseitiges Abdingen, sondern darum sich handeln werde, in gemeinsamem Streben das Glück und den Ruhm Unseres Vaterlandes in dieser bewegten Zeit zu befestigen. Gegeben Potsdam, den 7. Jan. 1850. (gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegengez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. von Rabe. Simons. von Schleinitz.

Der Minister-Präsident: Ich brauche Ihnen die Beschleunigung dieser Vorlagen nicht ans Herz zu legen, ich will Sie nur darauf aufmerksam machen, daß die Macht Preußens nicht vollwichtig in die Waagschaale gelegt werden kann, in welcher die Geschicke Deutschlands, Europa's und der Welt abgewogen werden, ehe nicht die Zustände Preußens in sich selber ausgeglichen und nach allen Seiten hin versöhnt sind. (Beifall.) Der Minister-Präsident überreicht hierauf die Vorlagen, und der Schriftführer verliest die Zusammenstellung der Abänderungen und Ergänzungen der Verfassung. Es sind dies 15 Punkte.

Die Kammer geht hierauf zur Tagesordnung über, und zwar zunächst zu dem Bericht der Commission zur Untersuchung des Nothstandes der Weber und Spinner. Die beantragte Erhöhung des Eingangszolls von Maschinen- und Handgarn und die zu bewilligende Prämie bei der Ausfuhr einheimischer Leinwand rufen eine heftige Debatte hervor. Die sechs ersten Vorschläge der Commission werden mit großer Majorität angenommen. Die andern vier dagegen (Erhöhung des Eingangszolls, Gewähr einer Ausfuhrprämie 2c) werden durch Annahme einer Tagesordnung mit 55 gegen 57 Stimmen verworfen.

Die Kammer geht hierauf zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung, dem Bericht über die Verbesserung des Looses der Fabrikarbeiter über. Nach einer kurzen Debatte wird der Antrag auf Tagesordnung angenommen und zum Bericht über den Bau der Posen-Breslauer Bahn geschritten. Nach einer Erklärung des Herrn Handelsministers zieht der Antragsteller seinen Antrag zurück, der zwar wieder aufgenommen wird, aber nicht mehr ausreichende Unterstützung findet. Schluß: $2\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Locales 2c.

Posen den 10. Januar. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung kam die wichtige Frage wegen des Graben-Brückenbaus zur Erörterung. Die Stadtverordneten hatten sich schon früher dafür ausgesprochen, daß die Anlage der Stirnwände und des Brückenpfeilers in der Stärke statthaben solle, daß später eine mögliche Wölbung der Brücke erfolgen könne; dagegen hatten sie sich den Beschluß darüber vorbehalten, ob der Bau der Brücke durchweg massiv oder nur mit einer Balkenlage und chaussirt ausgeführt werden soll. Die Anlage der Stirnwände und des Brückenpfeilers ist in der beschlossenen Weise ausgeführt; an einen Massivbau der ganzen Brücke war aber bei der vorgerückten Jahreszeit nicht mehr zu denken, es mußte daher für eine hölzerne Ueberbrückung gesorgt werden, um beim Eintritt des Hochwassers nicht die Kommunikation der Stadt mit der Vorstadt Graben unterbrechen zu lassen. Diese Brücke ist zur Hälfte fertig und wird seit dem 22. December v. J. befahren, die andere Hälfte kann in der nächsten Zeit aufgelegt werden. Das Material dieser hölzernen Ueberbrückung ist so beschaffen, daß dieselbe als eine definitive beibehalten werden kann. Es stellt sich nun die Frage: ob die Brücke massiv gewölbt, oder in Eisen hergestellt, oder endlich in Holz ausgeführt werden soll. Magistrat und städtische Bau-Kommission machen den Vorschlag: die Ueberbrückung mit dem bereits zugerichteten Holzmaterial herzustellen, den hölzernen Belag zu beschütten und mit regelmäßig behauenen Steinen zu überpflastern; sodann Trottoirs für die Fußgänger an beiden Seiten der Brücke durch Legen von Granitplatten herzustellen, und endlich Geländer von Gußeisen anzubringen. Die Kosten dieses Baues sollen aus dem durch das Drittheil des Rohertrags der Mahlsteuer gebildeten Fonds bestritten werden, da sie vorzugsweise der arbeitenden Klasse zu Gute komme. Der Ausführung des Massivbaues steht entgegen, daß die nothwendige Höhe der Brücke wegen der Ansteigung von der Stadtseite her die Passage erschweren, daß auf derselben Seite die erforderliche bedeutende Erhöhung des Straßendammes zu Konflikten mit den anliegenden Grundbesitzern führen und auf der Grabenseite die Abwässerung mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sein würde. Nach einer längeren Debatte, in der sich einzelne Mitglieder gegen ein gußeisernes Geländer aussprachen, andere über die Kosten einer eisernen Brücke informirt sein wollten, wurde der obige Vorschlag unter dem Vorbehalt angenommen, daß erst nach Vorlage des Kostenbetrags beschlossen werden soll, ob die ganze Summe aus dem zurückgezahlten Drittel der Mahlsteuer zu bestreiten sei. — Hiernächst stellte der Vorsitzende, Prof. Müller, die Frage zur Diskussion: ob die Kommunalbehörde von Posen gleich den Vertretern anderer größerer Städte der Monarchie, gegen die Einführung der neuen Gemeindeordnung und um Beibehaltung der Städteordnung petitioniren wolle? Er las die ihm zugegangene Petition der städtischen Behörden in Berlin vor, welche die Städteordnung von 1808 beizubehalten wünschen, und fügte hinzu, daß die erste Kammer die neue sehr mangelhafte Gemeindeordnung bereits angenommen habe und dieselbe wohl in den nächsten Tagen schon in der zweiten Kammer zur Abstimmung kommen werde, weshalb es nicht unmöglich sei, daß die Petition Posens, falls sie noch beschlossen werden sollte, zu spät in Berlin eintreffe. Ueberdies sei eine beträchtliche Anzahl ähnlicher Gesuche bei der zweiten Kammer eingegangen, so daß eine Petition der Posener Stadtverordneten auf den Erfolg der Abstimmung wohl keinen besondern Einfluß haben dürfte; er schlage daher vor, den Beschluß der zweiten Kammer abzuwarten, und falls diese den Städten die Beibehaltung der Städteordnung freistelle, um die Einführung der ältern, ungleich freisinnigern Städteordnung von 1808, statt der revidirten, zu petitioniren. In den lebhaft geführten Debatten sprachen sich die Hrn. v. Crousaz, Kaatz, Barth und Mamroth über die Mängel der neuen Gemeindeordnung und der revidirten Städteordnung aus; indessen gab Hr. v. Crousaz der erstern doch den Vorzug vor der letztern und Hr. Kaatz wünschte, daß gewisse Abänderungen der neuen Gemeindeordnung erbeten würden. Die Hrn. Barth, Klug, Küster und Mamroth votirten für die sofortige Absendung einer Petition, doch trat die Majorität bei der Abstimmung der Ansicht des Vorsitzenden, die Abstimmung der zweiten Kammer abzuwarten, bei und behielt sich vor, dann das Gesuch um Einführung der Städteordnung von 1808 zu stellen. — Sodann interpellirte Hr. K. R. Barth den Magistrat in Rücksicht der Steuer von zerstücktem Wildpret, worauf Hr. St.-R. Thayler erwiderte, daß die diesfällige Entscheidung dem Ministerium vorliege. — Der Vorsitzende zeigte hierauf der Versammlung an, daß ihm ein Schreiben des hiesigen Theaterunternehmers Hrn. Vogt zugegangen sei, worin derselbe den Stadtverordneten mittheilt, daß ihm vom Magistrat ein neuer Contract über die Benutzung des hiesigen Schauspielhauses zur Vollziehung vorgelegt sei, auf den näher einzugehen er jedoch so lange Bedenken tragen müsse, als nicht das hiesige Theatergebäude mit einem Heizapparat versehen sei. Auch hier, wie überall in den letzten Jahren, habe das Publikum eine unüberwindliche Abneigung gegen den Besuch des ungeheizten Theaters an den Tag gelegt, und während der Winter doch gerade die Jahreszeit sei, die vorzugsweise den Bestand einer Bühne sichern müsse, sei hier häufig die Nothwendigkeit eingetreten, das Haus wegen mangelnden Besuchs ganz zu schließen, ja selbst an den Tagen, wo gespielt worden, seien in der Regel kaum die laufenden Kosten eingegangen. Dazu komme, daß die Schauspieler, zumal wenn sie in leichtem Costüme erscheinen müßten, sich häufig Erkältungskrankheiten zuzögen, wodurch sie dann nicht selten wochenlang am Auftreten verhindert wären; ja daß mehrmals schon die besten Bühnenmitglieder ihren Contract wegen der unerträglichen Kälte auf dem hiesigen Theater ganz aufgegeben hätten. Wenn demnach auch ferner hier die Bühne bestehen solle, so müsse das Haus durchaus in heizbaren Stand versetzt werden. Es sei bekannt, daß die städtischen Behörden schon früher geneigt gewesen wären, einen Heizapparat im hiesigen Schauspielhause anzubringen, daß aber wegen des hohen Kostenanschlages das Projekt nicht zur Ausführung gekommen. Nun aber habe der hiesige Regierungs-Baurath Hr. Butzke sich dahin ausgesprochen, daß in dem hiesigen Theatergebäude sich in der kurzen Zeit von etwa 14 Tagen und für den Kostenbetrag von circa 600 Rthlr. ein Heizapparat anbringen lasse, durch den eine Wärme von 8 bis 12 Graden in den inneren Theaterräumen erzielt werden könne. Hr. Vogt richtet daher an die städtischen Behörden die Bitte, den Plan des Hrn. Reg.-Rath Butzke prüfen, event. baldigst zur Ausführung bringen zu lassen. Der Vorsitzende fügte hinzu: Er habe sich sogleich nach dem Eingange des Vogtschen Gesuchs persönlich zu dem Hrn. Reg.-Rath Butzke begeben und von diesem die nöthige Aufklärung über das beregte Projekt sich erbeten. Hr. Butzke habe ihm mitgetheilt, daß in den unteren Räumen, neben dem Proscenium zwei große Oefen sich anbringen ließen, die vermittelst auslaufender Röhren die nöthige Wärme von un-

ten durch den ganzen Theaterraum ausströmen würden; da indessen der Bühnenraum bis zum Dache hinauf offen, und letzteres unverschaalt sei, so müsse hier, um das Ausströmen der Wärme durch das Dach zu verhindern, ein Verschluß vermittelst einer mit Tapeten bekleideten Segeltuchdecke angebracht werden. Eine solche Einrichtung nebst Herstellung noch einiger Thüren und Dichtung der Fenster werde nicht mehr als 7-, höchstens 800 Thlr. kosten, sofern man sich mit Blechöfen, die freilich nur etwa 5 bis 6 Jahre vorhielten, begnüge, wogegen ein Apparat mit gußeisernen Oefen, der auf eine ungleich längere Zeitdauer berechnet sei, wohl das Doppelte kosten dürfte, aber auch nicht so schnell hergestellt werden könne. Auf die Bitte des Vorsitzenden hatte Herr Reg.-R. Butzke seine diesfälligen Ansichten ihm schriftlich mitgetheilt, welche er der Versammlung vorlas. Zum Schlusse fügte er hinzu, daß er das Project unterstützen müsse, da auch er die Ueberzeugung hege, daß fortan jeder Theater-Unternehmer hier zu Grunde gehen müsse, wenn das Gebäude nicht in heizbaren Zustand versetzt werde. Freilich sei ein völliger Umbau des sehr mangelhaft construirten Schauspielhauses wünschenswerther; dazu werde aber der Theaterfonds in den nächsten 50 Jahren wohl noch nicht die Mittel gewähren. Er müsse daher dem Project des Herrn Reg.-R. Butzke seinen Beifall schenken, und das um so mehr, als im Theaterfonds einige tausend Thaler lägen, die der Bestimmung gemäß nur für das Theater selbst verwandt werden dürften, der Kommune somit durch diesen Bau gar keine Belastung erwachse. Inzwischen war auch der städtische Bauinspector, Herr Freter, veranlaßt worden, ein Gutachten über das Butzke'sche Project abzugeben. Herr Freter ist mit demselben nur theilweise einverstanden, hält den projectirten Heizapparat für unzureichend und feuergefährlich, welcher Ansicht auch der Oberbürgermeister Naumann beitrat, und erklärt, selbst die nöthigen Vorschläge zur Anlegung eines zweckmäßigeren Heizapparats, der nicht feuergefährlich sei, machen zu wollen. Die Versammlung war insgesammt damit einverstanden, daß das Theatergebäude so bald, als thunlich, in heizbaren Zustand versetzt werden solle, und auf den Antrag des Herrn v. Crousaz wurde eine aus den Herren Müller, v. Crousaz, Küster, Klug und Freudenreich bestehende Commission ernannt, um unter Zuziehung eines dritten Technikers die Ansichten der Herren Butzke und Freter zu prüfen, und sodann die nöthigen Vorlagen zur baldigen Herstellung des für nothwendig erachteten Heizapparats zu machen. — Einem Gesuch von 150 hiesigen Bürgern, den Stadtsecretär Herrn Zech zum unbesoldeten Stadtrath zu ernennen, konnte schon aus dem Grunde nicht nachgegeben werden, weil dermalen eine Stadtrathsstelle nicht vacant, die Zahl der Stadträthe für Posen aber durch das Statut festgesetzt sei. Das Gesuch wurde mit der Bemerkung, daß das Kollegium davon Kenntniß genommen, dem Magistrat zugestellt, und diesem anheim gegeben, Hrn. Zech davon zu unterrichten. - Das Gesuch einer Anzahl von Gewerbetreibenden, die Aufhebung der Gewerbesteuer höheren Orts zu beantragen, mußte schon um deswillen abgelehnt werden, weil die städtischen Behörden um Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer petitionirt haben, die beregte Aufhebung aber nur eintreten könnte, wenn eine allgemeine Staats-Einkommensteuer eingeführt würde. — Hierauf wurde der Commissionsbericht über die von der Regierung angeordnete Gesellenverbindung zu gegenseitiger Unterstützung verlesen und das Statut dieser Verbindung gutgeheißen. Schließlich wurde das Gesuch des Kaufmanns Hepner um Zuerkennung des passiven Wahlrechts auf Grund der von ihm gezahlten Einkommensteuer von 800 Thlr. Einkommen genehmigt, und sieben Veräußerungs-Consense vollzogen. Schluß der Sitzung um 6½ Uhr.

✗ Aus dem Krotoschiner Kreise, den 8. Jan. In Nro. 3 der Breslauer Zeitung wurde über die Entwerthung der Rittergüter in unserer Provinz geklagt und dabei auf den billigen Verkauf der im Samter'schen Kreise belegenen v. Oppen'schen Güter Bezug genommen. In demselben Grade, wie bei den Rittergütern, findet solche Entwerthung auch bei den bäuerlichen Besitzungen statt. Grundstücke, die man vor drei Jahren z. B. mit 3000 Thlr. zu verkaufen Anstand nahm, werden jetzt zu 1500 Thlr. aus freier Hand zum Verkauf angeboten oder, was häufiger vorkommt, subhastirt. Die Ursachen dieses Uebelstandes sind schon zu vielseitig besprochen worden, als daß wir hier nochmals darauf zurückkommen sollten; aber höchst wünschenswerth wäre es, mit der Beseitigung desselben durch baldige Errichtung der Rentenbanken vorzuschreiten, da bei längerem Zögern ein großer Theil der ländlichen Besitzer zu Grunde gehen muß, welche bei der so kreditlosen Zeit in die Hände unbarmherziger Wucherer fallen, die sich nicht scheuen, beispielsweise für 300 Thaler geliehenes Capitel 500 Thlr. hypothekarisch eintragen und landesüblich verzinsen zu lassen. Möge daher bald der Heiland der kleinen Grundbesitzer, „die Rentenbank", geboren werden; sein Geburtsfest würde gewiß froh und freudig begrüßt und gefeiert, und es würden dadurch unzählige Thränen getrocknet und Seufzer gestillt werden.

ƶ Gnesen, den 8. Jan. Gestern sind die Schwurgerichtssitzungen der ersten diesjährigen Periode unter dem Vorsitze des Kreisgerichtsdirektors Rauchfuß hier eröffnet worden. Die erste vorliegende Sache ist der Monstreprozeß gegen 18 Theilnehmer an den Unruhen des Frühlings 1848. Nach geschehener Ausloosung der Geschworenen, von denen die überwiegende Mehrzahl der polnischen Nationalität anzugehören scheint, wurde die natürlich sehr voluminöse Anklage-Akte verlesen und zwar, da unter den Angeklagten mehrere der deutschen Sprache und unter den Geschworenen und Richtern Einige der polnischen Sprache nicht mächtig sind, erst Deutsch dann Polnisch — ein Geschäft, das mehrere Stunden erforderte. Es sind vier Geistliche, (Brzezinski, Obst, Ruszkiewicz und Woyna), zwei Gymnasiallehrer, Molinski und Dr. Ney, drei Communal-Beamte, fünf Elementarlehrer und vier Schulzen auf der Anklagebank anwesend. Dreizehn von ihnen haben den hiesigen Rechtsanwalt Kellermann zum Defensor gewählt. Die Anklage schildert zunächst die überall noch in frischem Andenken stehenden Ereignisse jener denkwürdigen Frühlings-Monate des Jahres 1848, doch nur so weit, als es für den Zweck der Anklage erheblich ist, und ohne tiefer auf politische Erörterungen einzugehen; weist dann in Beziehung auf jeden Einzelnen der Angeklagten dessen Betheiligung an der nationalen Erhebung nach, und schließt mit der Darlegung, da die Angeklagten sich nicht auf angethanen Zwang berufen könnten, die immer noch in Geltung gebliebene Macht der Behörden ihnen vielmehr zur Seite gestanden hätte, daß ihre Hingebung an die Sache des Aufruhrs gegen die gesetzliche Obrigkeit als Hochverrath zu betrachten, indessen in Folge des Amnestiegesetzes nur durch Amtsentlassung zu bestrafen sei. — Das Kgl. Kreisgericht zu Trzemeszno, dem die Voruntersuchung oblag, hat nun zwar die Anklage auf Hochverrath nicht für gesetzlich begründet erachtet und das Appellationsgericht zu Bromberg ist der Ansicht beigetreten, daß es sich nur um das Verbrechen des Aufruhr handle, auf die Anklage selbst aber, und event. auf die Bestrafung, wird diese nachträglich dann auch vor der Staatsanwaltschaft acceptirte Rechtsansicht ohne Einfluß sein.

Was den speciellen Theil der Anklage betrifft, so wird die weitere Verhandlung Veranlassung geben, näher auf denselben einzugehen. Nur so viel sei hier noch erwähnt, daß darin der frühere Bürgermeister Goński von Trzemeszno durch die Uebernahme der Stelle eines polnischen Kreiskommissärs, durch verschiedene Requisitionen und die Beschlagnahmen Königlicher und Städtischer Kassen, die Gymnasiallehrer Molinski und Dr Ney durch Uebernahme von Capitänsstellen in dem neu gebildeten polnischen Heere, die angeklagten Geistlichen durch amtliche und außeramtliche Reden oder Aufforderungen, der Sache der Insurrektion beizutreten, resp. durch Einwirkung auf die Bewaffnung und das Zusammentreten des Volks; mehrere Lehrer durch Theinahme an den erwähnten Handlungen resp. durch die Beraubung einer Staffette und Wegnahme eines Packets zur Veröffentlichung bestimmter Regierungs-Proklamationen — compromittirt erscheinen. Einer der Schulzen wird, wenn wir nicht irren, beschuldigt, das Preußische Adlerschild mit der Art zerschlagen zu haben; gegen die übrigen ist die Anklage unerheblicher. Daß man überhaupt auch gegen diese Leute eine Anklage erhoben hat, deren Resultat höchstens nur die Entfernung aus ihren Schulzenämtern sein kann, ist uns aufgefallen, da allbekannt ist, wie wenig den ländlichen Grundbesitzern an der Verwaltung dieses Amts gelegen ist, ja wie sie oft zwangsweise zur Uebernahme desselben angehalten werden müssen.

Nach der Pause von einer Stunde folgten sodann die Auslassungen der Angeklagten, welche zum Theil die gravirenden Reden und Handlungen in Abrede stellten. Hierbei zeichnete sich besonders der ehemalige katholische Religionslehrer, und jetzige Commendarius Brzezinski durch eine anerkennenswerthe Rede aus. Im Gegensatz zu diesem Angeklagten, der zunächst in polnischer, sodann aus freien Stücken in deutscher Sprache freimüthig und warm seine Betheiligung an den damaligen Zeitereignissen darstellte, bejahte der Angeklagte, Bürgermeister Goński zwar die Frage des Vorsitzenden: ob er der deutschen Sprache mächtig sei, beharrte aber darauf, sich nur in polnischer Zunge auszulassen, und stellte die ihm zur Last gelegten Thatsachen z. B. die Wegnahme der Kassen insoweit in Abrede, als er sie nur bei der damaligen Muthlosigkeit der Beamten vor etwanigen Eventualitäten habe bergen wollen, übrigens seien sie ihm auch freiwillig von den betheiligten Beamten übergeben. Durch die proponirte und nachher wirklich ausgeführte Freilassung der Gefangenen habe er nur die Pflichttreue des betreffenden Richters prüfen wollen, dieser sei aber allerdings sofort auf seinen Vorschlag eingegangen. — Nach einer zehnstündigen Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Heute hat nun die Vernehmung der zahlreichen Zeugen begonnen, und zwar in der Art, daß für und wider jeden einzelnen Angeklagten der Reihe nach die Zeugen abgehört werden. Der Proceß wird, trotz der überaus lang ausgedehnten Sitzungen wohl noch die ganze Woche in Anspruch nehmen.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Markt-Bericht.

Posen, den 9. Januar.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 12 Sgr. bis 13 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 9. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26½—28 Rthlr., pr. Frühjahr 27¾ Rthlr. nominell, pr. Mai-Juni 28 Rthlr. nominell. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. 16½ Rthlr. Br., 16 G. Erbsen, Kochwaare 34—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco 13⅔ Rthlr. Br., 13$\frac{7}{12}$ G., pr. Januar 13$\frac{5}{12}$ u ½ Rthlr. bez., 13½ Br., $\frac{5}{12}$ G., Jan.-Febr. 13¼ a ⅓ Rthlr bez., 13$\frac{5}{12}$ Br., ⅓ G., Febr.-März 13¼ Rthlr. Br., 13⅙ G., März-April 13¼ Rthlr. Br., 13⅛ G., April-Mai 13$\frac{1}{24}$ a ⅛ Rthlr. bez., 13⅙ Br., $\frac{1}{12}$ G Leinöl loco 12⅛ Rthlr. Br., pr. Frühjahr 11$\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., 11¼ G. Mohnöl 15½ Rthlr. Palmöl 12¾ a 13 Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran 12¾ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14 Rthlr. verk., pr. Jan. 14⅙ Rthlr. Br., 14 G., pr. Frühjahr 15⅙, 15$\frac{1}{12}$ u. 15 Rthlr. verk., 15 G.

Berliner Börse.

Den 9. Januar 1850.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	107¼	106¾
Staats-Schuldscheine	3½	89	88½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	102½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	105⅝	105¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	90
Grossh. Posener "	4	100$\frac{7}{12}$	100$\frac{1}{12}$
" "	3½	91¾	—
Ostpreussische "	3½	—	94¼
Pommersche "	3½	96⅛	95⅝
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	95¾
Schlesische "	3½	—	94½
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	93¾
Friedrichsd'or	—	13$\frac{7}{12}$	13$\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12¾	12¼
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	90
" Prioritäts-	4	96¼	—
Berlin-Hamburger	4	—	80½
" Prioritäts-	4½	100¼	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	66⅞
" " Prior. A. B.	4	95	—
" " "	5	—	102⅞
Berlin-Stettiner	4	105¾	—
Cöln-Mindener	3½	—	96
" Prioritäts-	4½	101	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	85½
" Prioritäts-	4	96	96
" "	5	—	104½
" " III. Serie	5	—	103¾
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	107
" " B.	3½	105	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	78½	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	67½	—
Stargard-Posener	3½	—	85¼

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Die vorgestrige Posener Zeitung enthält einen Artikel, worin mein Name genannt wird.

Zur Berichtigung dieses Schmähartikels auf einen hiesigen Ehrenmann diene die Nachricht, daß allerdings eine Wöchnerin bei mir wohnt, aber sich durchaus nicht in dürftigen Umständen befindet, vielmehr eine nicht unbedeutende Summe bei mir in Verwahrung hat und daher durchaus keiner Unterstützung bedarf. Die gerichtliche Untersuchung gegen den Fälscher meines Namens habe eingeleitet und weiß nicht, wie derselbe dazu kömmt, mir meine Armuth öffentlich in der Zeitung vorzuwerfen, da ich, Gott sei Dank, mich und meine 6 Kinder redlich ernähre, also dem erbärmlichen Artikelschreiber rathe, das Publikum nicht durch derartige falsche Artikel zu täuschen.

Johann Hübner, Tischlermeister.

Erklärung.

Die in der Posener Zeitung No. 7. und 8. auf mich bezüglichen Artikel weise ich als erlogen zurück, und überlasse die Verläumder der gerechten Verachtung des unbefangenen Publikums.

Posen, den 10. Januar 1850.

Anton Schmidt.